

Österreich



Mord in Krems?

Während die Polizistin und der Polizist drei Tage Zeit bekamen, um sich auf die Einvernahme vorzubereiten, wurde der schwer verletzte Jugendliche, dessen Freund erschossen wurde, sofort in U-Haft genommen. Was genau passiert ist, kann man nicht sagen. Dass mit zweierlei Maß gemessen wird, ist jedoch offensichtlich.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



ÖGB-Buch zu Krisen in Unternehmen

Anfang Juli fand der ÖGB-Kongress ganz im Zeichen der Krise statt. Er wurde benutzt, um den FunktionärInnen und BesucherInnen das neue ÖGB-Buch zur Wirtschaftskrise zu präsentieren. Kämpferische Antworten sucht man vergeblich, dafür jede Menge Tipps fürs Co-Management.

SEITE 3

Schwerpunkt



Iran: Eine Generation im Austand gegen Mullahs

Hunderttausende IranerInnen auf der Straße. Die Farbe der Bewegung ist Grün, in Anlehnung an die Farbe des unterlegenen/betrogenen Kandidaten Moussavi (und in Anlehnung an Grün als die Farbe des Islam). Was in der Bewegung fehlt, ist ein "roter Flügel".

SEITEN 4/5

Internationales



USA: Pro Monat verlieren 600.000 ihren Job

VORWÄRTS spricht mit Brett Hoven, Sozialist und Beschäftigter bei General Motors in den USA, über die Krise, Obamas Politik und die Aussichten für SozialistInnen. Überraschend sehen 20% der US-Jugend den Ausweg im Sozialismus.

SEITE 7



Stoppen wir die Armutsspirale

Regierungsbeschluss zur Mindestsicherung ist eine Farce

von Michael Gehmacher, SLP Wien

Arm und Reich gab's in Österreich leider schon immer. Aber mit der Wirtschaftskrise wird diese Situation für hunderttausende Menschen fatal. Sozialer Widerstand, kämpferische Gewerkschaften und eine handlungsfähige Linke werden für von Armut betroffene Menschen überlebensnotwendig

Über eine Million an oder unter der Armutsgrenze

Rund 400.000 Menschen sind arm und ca. 700.000 Menschen sind zusätzlich armutsgefährdet. Betroffen sind PensionistInnen, Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen UND ArbeitnehmerInnen! 230.000 Personen sind armutsgefährdet, obwohl sie regelmäßig arbeiten gehen. 97.000 Berufstätige sind dauerhaft arm. 68.000 davon trotz Vollzeitjob! Dazu kommt: Deregulierung, schlechte Bezahlung und Arbeitszeitflexibilisierung haben einen wachsenden Billiglohnsektor geschaffen. Zehntausende arbeiten rund 35 Wochenarbeitsstunden und verdienen weniger als 1.000 Euro brutto. Etwa 100.000 Menschen sind nicht krankenversichert. Die allermeisten davon arbeiten prekär und sind selbstversichert, zahlen aber die Beträge nicht pünktlich, weil sie das Geld für andere Rechnungen brauchen oder das Konto gesperrt ist. Viele MigrantInnen arbeiten hart und versuchen sich gut auszubilden, kriegen aber wegen des rassistisch strukturierten Arbeitsmarkts nur Jobs im Billiglohnsektor. Rund 234.000 Frauen sind arm. Das ist weit mehr als die Hälfte der Armen und insgesamt 6% aller Frauen, die in Österreich leben. Frauen werden nach wie vor bei Sozialleistungen diskriminiert, etwa wenn bei der Notstandshilfe das Partnereinkommen mitgerechnet wird.

Wirtschaftskrise verschlimmert Situation massiv

Laut "ExpertInnen" trat bis jetzt bei den allermeisten dauerhaft Armen nach einem Jahr eine (oft nur

geringfügige) Verbesserung der Lebenssituation ein: Menschen fanden wieder einen Job, oder konnten in die langersehnte Pension gehen. Dieses Phänomen wird verschwinden. Viele Betriebe die heute schließen treiben junge ArbeitnehmerInnen in die Arbeitslosigkeit. Viele der heutigen Arbeitslosen müssen "dank" div. Pensionsreformen viel länger auf eine (ohnehin niedrige) Pension warten. In manchen Regionen Österreich könnte - wenn es keinen sozialen Widerstand gibt - Armut ein Dauerzustand werden.

Wer zahlt für die Krise?

Bis jetzt wurde der Einbruch der Wirtschaftskrise mit viel Geld aus den Taschen der ArbeitnehmerInnen abgefertigt. Typisches Beispiel sind die AMS-Beiträge für Kurzarbeit und Aussetzungsverträge. PolitikerInnen und Unternehmen werden weiter versuchen, die Kosten des Wirtschaftsdesasters auf die ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche abzuwälzen, obwohl ganz andere sie verursacht haben. Die Ankündigungen der Landesregierungen von Salzburg und Kärnten, bei ihren Landesbediensteten eine Nulllohnrunde durchzuführen ist erst der Anfang. Die Angriffe zu verhindern wird für viele zur Überlebensfrage.

"Es geht eh schon wieder aufwärts" heißt es aus manchen Zeitungsredaktionen und von PolitikerInnen. Aber die Krise ist noch lang nicht vorbei. Die Banken sitzen noch auf faulen Krediten. Weitere Kündigungen und Betriebschließungen stehen bevor. Die Arbeitslosigkeit wird steigen.

Regierungspolitik unwirksam

Der Ministerrat einigte sich am 29.7.09 auf die Einführung einer "Mindestsicherung" von 733 Euro 12 mal im Jahr ab Oktober 2010. Eine sozialpolitische Farce! In manchen Bundesländern sind Sozialhilfe und Wohnbeihilfe ungefähr gleich hoch (in Wien meistens mehr). Die Regelung bringt nur eine Anglei-

chung mit Betroffenen aus anderen Bundesländern. Aus der Armut kommt mit dieser Summe niemand raus. In Kärnten sollen MigrantInnen vom Bezug der Mindestsicherung überhaupt ausgeschlossen werden.

Wir wollen wirkungsvolle Maßnahmen

Die SLP setzt sich für eine 30-Stundenwoche bei vollem Lohn und für eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit (früher in Pension, bezahlte Bildungskarenz bzw. Sabaticals) ein. Wir unterstützen jeden Einsatz für Arbeitszeitverkürzung. Wir verurteilen daher auch - mit tausenden anderen KollegInnen - die Abkehr der ÖGB-Spitze von der 35-Stundenwoche (siehe letzter ÖGB-Kongress). Arbeitszeitflexibilisierung erhöht fast überall Stress und Ausbeutung, verringert das Einkommen und führt zu Personaleinsparungen. Wir bekämpfen daher Arbeitszeitflexibilisierung. Die SLP fordert einen Mindestlohn von 1.100 Euro netto und ein unbefristetes Arbeitslosengeld, welches sich am Mindestlohn orientiert, und zwar ohne AMS-Schikanen.

Betroffene raus aus dem Eck! Widerstand jetzt!

MigrantInnen und österreichische ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und Jugendliche müssen gemeinsam auf der Straße, am Arbeitsamt und im Betrieb Proteste organisieren. Die Gewerkschaften sind bei der kommenden Lohnrunde gefordert. Der Basis-Initiativantrag für einen Streiktag im Herbst am ÖGB-Kongress war ein Schritt in die richtige Richtung. Den Wunsch nach gemeinsamem betrieblichen Widerstand gibt es bei vielen GewerkschafterInnen. Viele sehen im Moment nur niemanden, der Widerstand organisiert. Die Vernetzung und gemeinsame Aktionen verbunden mit dem Aufbau einer kämpferischen Gewerkschaftsopposition sind daher nötig. Der Aufbau einer neuen linken Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche ist ein Gebot der Stunde.



Der Standpunkt

von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

Ist der ÖGB eine kriminelle Organisation?

Sie sind ÖGB-Mitglied? Dann aufgepasst: Sie könnten schon bald in einer kriminellen Organisation sein. Denn der ÖGB führt Kampagnen durch, entwickelt Strategien und produziert Material, das er lagert. Außerdem hat(te) der ÖGB Geheimkontakte, lädt Kriminelle aus anderen Ländern ein (z.B. verfolgte GewerkschaftsInnen aus Asien), bzw. nehmen FunktionärInnen an Treffen im Ausland teil. Im Internet wird für die Kampagnen geworben und es gibt interne Schulungen.

Sie finden, das sei alles legitime Arbeit einer politischen Organisation?! Nun, das Innenministerium sieht das anders und hat vor kurzem Strafantrag nach §278 gegen drei Tierschützer gestellt. Sie sind Aktivisten des VGT (Verein gegen Tierfabriken) und haben entsprechende Kampagnen organisiert. Seit über einem Jahr werden eine Reihe von Tierrechts-AktivistInnen von den Behörden überwacht, inhaftiert, schikaniert und kriminalisiert. Der § 278 ist eigentlich ein "Anti-Mafia"-Paragraph. Nun aber wird er gegen politische AktivistInnen eingesetzt. Man kann zur Frage von Tierrechten unterschiedlicher Meinung sein, aber die Kriminalisierung von politischen AktivistInnen ist ein breiter Angriff auf alle, die sich für die Rechte von Frauen, Minderheiten, MigrantInnen, ArbeitnehmerInnen, Schwulen/Lesben/Bi/Transsexuellen, für die Umwelt etc. einsetzen. Denn wer auf Missstände hinweisen oder sie gar bekämpfen will, der organisiert, informiert und kampagnisiert.

Die Botschaft des Staates ist klar: Wer aufmuckt, der bekommt die ganze Härte des Gesetzes (und mehr) zu spüren. Unklar ist, warum man sich gerade TierrechtlerInnen ausgesucht hat. Klar ist aber, warum gerade jetzt! Die Wirtschaftskrise wird noch viele Opfer haben und immer mehr Menschen werden sich gegen die himmelschreienenden Unge rechtigkeiten wehren wollen. Und das soll im Keim erstickt werden. Sie meinen, das ist Schwarzmalerei, niemals würde eine Institution wie der ÖGB angegriffen?! Die britische Premierministerin Thatcher ließ die Streikkontakte der Bergarbeitergewerkschaft sperren, um den Streik auszuhungern. Unterrichtsministerin Schmied hat den LehrerInnen im Fall von Streik mit Entlassung gedroht... Gerade in der Krise ist kein Recht sicher!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Mord in Krems?

Wie die Behörden verdunkeln und die offizielle Politik hetzt

von Irene Müller, SLP Wien

In der Nacht von 4. auf 5. August wurde der 14-jährige Florian P. von der Polizei offenbar durch einen Schuss in den Rücken getötet und ein zweiter Jugendlicher schwer verletzt. Die Tat geschah, als beide in einen Krems Supermarkt einbrachen. Auch Wochen nach diesem Vorfall üben sich die verantwortlichen Behörden in Verschleppungstaktiken.

Zweierlei Maß

Anstatt für rasche und restlose Aufklärung zu sorgen, scheint alles unternommen zu werden, um die verantwortlichen PolizistInnen zu decken und die tatsächlichen Geschehnisse zu verschleiern. Nicht genug, dass den beiden PolizistInnen durch die späte Einvernahme jede Möglichkeit zur Absprache gegeben wurde. Das Innenministerium hat zudem - anstelle der Staatsanwaltschaft - das Landespolizeikommando OÖ, sprich: "KollegInnen", mit der Einvernahme betraut. Die eigentlichen Hauptopfer werden unterdessen kriminalisiert: Keine Spur von "Schonfrist" bekam der angeschossene 16-jährige, über den umgehend die Untersuchungshaft verhängt wurde. Dadurch soll wohl verhindert werden, dass er der Öffentlichkeit seine Version der Geschehnisse erzählt. Stattdessen dominiert eine ideologische Debatte über Jugendkriminalität die Öffentlichkeit, in der die beiden Jugendlichen als unverbesserliche Verbrecher dargestellt werden. Die SLP fordert, dass von einer unabhängigen Kommission untersucht wird und nicht von der Polizei selbst. D.h. die Angehörigen der Betroffenen, Organisationen, die sich mit Polizeigewalt beschäftigen wie Amnesty International und Organisationen die sich mit Jugendarbeit beschäftigen müssen daran beteiligt sein.

...muss eben auch mit dem Schlimmsten rechnen

Es wird einerseits das Verschulden der verantwortlichen Personen und Institutionen für den tödlichen Polizeieinsatz heruntergespielt - frei nach dem Motto "selber Schuld, wär er halt nicht eingebrochen" -



und gleichzeitig von den offensichtlichen Missständen innerhalb des Polizeiapparates abgelenkt. Andererseits nutzen ÖVP, FPÖ & Co die Diskussion, um ihre "Law & Order" Propaganda zu verbreiten. So meinte der nö Landeshauptmann Erwin Pröll in einem ähnlichen Fall: "Wer in Niederösterreich etwas anstellt, der muss eben auch mit dem Schlimmsten rechnen." Dass dies nicht nur für Niederösterreich gilt, sondern staatliche Repression in nahezu allen Bereichen in den letzten Jahren massiv zugenommen hat, zeigen u.a. der brutale Polizeieinsatz bei der diesjährigen 1. Mai Demo in Linz, die Misshandlung eines "verdächtigen" schwarzen Lehrers in Wien oder die Repressionen in Zusammenhang mit der Verhaftung von TierrechtsaktivistInnen. Gleichzeitig werden Angriffe von mit Waffenattrappen ausgestatteten Jugendlichen auf KZ-Überlebende, wie in Ebensee der Fall, als Lausbubenstreiche verharmlost.

Das die Gewerkschaft schweigt ist tragisch: gewerkschaftlichen Strukturen müssen auf die Aufrüstung des Staates hinweisen, den Zusammenhang zwischen den aktuellen Ereignissen und der wirtschaftlichen

und politischen Situation herstellen und sich für eine Untersuchung der Vorfälle einsetzen und sich daran beteiligen. Der ÖGB und insbesondere die Österreichische Gewerkschaftsjugend ÖGJ muss Proteste gegen die Polizeigewalt initiieren und unterstützen!

Und wo bleibt die Verantwortung für die Jugendlichen?

Die Todesschüsse waren zwar nicht geplant, aber sie "passieren" nicht zufällig gerade jetzt. In der Wirtschaftskrise rüstet der Staat auf. Da werden Exemplar statuiert um zu warnen: im Kapitalismus ist das Eigentum (der Kapitalisten) heilig!

Anstatt Jugendliche zu kriminalisieren wäre es notwendig, jungen Menschen sichere Jobs und eine Ausbildung zu garantieren. Dazu brauchen wir die gemeinsame Organisierung von Widerstand von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen, um gegen die wachsende staatliche Repression und für angemessene (Aus-)Bildungs- und Freizeiteinrichtungen zu kämpfen.

Die "Nationale Frage" Südtirols

von Franz Neuhold, SLP Wien

Der 3. Nationalratspräsident und Rechtsextremist Martin Graf (FPÖ) hat mit seiner Ausage zu Südtirol ("Rückkehr zu Österreich") einen weiteren "Brandsatz in die Medien-Arena" geworfen (Der Standard, 28.7.). Wir nehmen dies als Anlass, die Südtirol-Frage aus sozialistischer Sicht zu beleuchten.

Die nationale Frage Südtirols, die 1918 begann, wurde in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg zusehend von der sozialen Frage begleitet: Der einstige Widerstand gegen faschistische Schlägertrupps Mussolinis und Sprachverbote wurde zu einem immer stärker durch rechtsextrem-deutschationale Kräfte beeinflussten Kampf gegen "das Italienische", in dem sich auch der Hass auf italienische ArbeiterInnen und sozial Schlechtergestellte aus südlichen Regionen ausdrückten. Diese machten ab den 30er Jahren einen wachsenden Teil der Bevölkerung aus. Innerhalb der Terrororganisation "Befreiungsausschuss Südtirol" der 50er und vor allem 60er Jahre gab es verschiedene Kräfte mit durchaus unterschiedlichen Positionen und ab den 1960ern Figuren wie den verurteilten Verbrecher und Nazi Norbert Burger, der mit dem jetzigen FPÖ-Chef HC Strache eng befreundet war. Jene großdeutschen Fanatiker übernahmen die Kontrolle und ermordeten gezielt Menschen. Aus Österreich gab es politische und finanzielle Rückendeckung, und das nicht nur aus dem Umfeld der

Es existiert weder in Südtirol noch in Österreich ein auch nur annähernd mehrheitlicher Wunsch nach Loslösung von Italien und Vereinigung mit Österreich.

“

FPÖ. Tief hinein in ÖVP, SPÖ und ORF reicht die Liste der Unterstützer des Südtirol-Terrorismus.

Das Südtirol-Paket

Schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ein Rohentwurf für die Autonomie Südtirols ausgearbeitet (benannt nach den damaligen Außenministern "Gruber/De-Gasperi-Abkommen"). Die Behandlung der Südtirol-Frage durch die UNO ab 1960 brachte eine nunmehr offizielle Gegenüberstellung Italiens und Österreichs. Das 1972 beschlossene "Südtirol-Paket" entwickelte die Autonomie, deren vollständige Erfüllung anfangs der 1990er Jahre von allen Seiten anerkannt wurde.

Innerhalb der Region Trentino-Alto Adige/Südtirol gibt es die Autonome Provinz Bozen. Rund 90 % aller Steuern des Staates Italien werden an das Land retourniert! Seit 2001 wird der Südtiroler Landtag direkt gewählt. Es besteht eine Gesetzgebungsbefugnis in

nahezu allen Bereichen. Italien lässt sich Südtirol heute einiges kosten. Das und die unverrückbaren Veränderungen in der Struktur und Zusammensetzung der Region machen es unsinnig, die "Rückkehr zu Österreich" als logische Lösung der Nationalen Frage zu argumentieren. Es existiert weder in Südtirol noch in Österreich ein auch nur annähernd mehrheitlicher Wunsch nach Loslösung von Italien und Vereinigung mit Österreich.

Südtirol - Eine rechte Angelegenheit?

Der Kampf für Selbstbestimmung und gegen nationalistische Unterdrückung in Südtirol war aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen nie von der ArbeiterInnen-Bewegung und internationalistisch-sozialistischen Ideen beeinflusst. Als in anderen Regionen Europas revolutionäre ArbeiterInnen-Kämpfe tobten, erhielt 1921 bei den Wahlen zum italienischen Parlament ein Bündnis aus Volkspartei und Deutschnationalen

90%, während die Sozialdemokratie bedeutungslos blieb. Das und die Konstellation, zwischen den Machtinteressen zweier faschistischer Regimes zerrieben zu werden, legte die Basis dafür, dass die Südtirol-Frage nach dem 2. Weltkrieg und bis heute eine "rechte Angelegenheit" zu sein scheint. Doch den Rechtsextremen wie Martin Graf, die Südtirol heute noch für ihre nationalistische Hetze missbrauchen, geht es nicht um das Prinzip der Selbstbestimmung.

Grenzen überwinden – ArbeiterInnen-einheit gegen rechte und nationalistische Hetze schaffen!

Selbst im unwahrscheinlichen Fall, diesen (extrem) rechten Kräften in Österreich und Südtirol gelänge eine Mehrheit in einer Grundsatzabstimmung, würde das vor allem auch bedeuten, dass das Selbstbestimmungsrecht der nur italienisch-sprechenden Menschen verteidigen zu müssen, auch wenn dies notfalls Abspaltung bestimmter Regionen und Schaffung von italienischen Exklaven bedeuten würde. In jedem Fall stellt sich für echte SozialistInnen die Aufgabe, letztendlich für eine vollständige Aufhebung nationalstaatlicher Grenzen einzutreten und ArbeiterInnen ungeachtet ihrer Herkunft und Sprache zusammenzubringen.

Dies ist eine stark gekürzte Version; die Originalfassung mit ausführlichem historischen Hintergrund ist auf www.slp.at einzusehen!

Wirtschaft in der Krise = Gewerkschaft in der Krise?

von Albert Kropf, SLP Wien

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Auch in Österreich sind die Auswirkungen schon spürbar wie z.B. durch Kurzarbeit oder Kündigungen. Die gleichen PolitikerInnen, die sich noch vor wenigen Jahren ohne Wenn und Aber dem "Nulldefizit" verschrieben hatten, verteilen heute Milliardengeschenke. Aber nicht an die Bevölkerung, sondern an Banken und Wirtschaft. Und über die Notwendigkeit dieser "Maßnahmen" sind sich alle etablierten PolitikerInnen einig. Einig sind sie sich auch, dass wir anschließend die Rechnung dafür bezahlen dürfen. Nämlich in Form von Verschlechterungen am Arbeitsplatz, Kürzungen von Sozial- und Gesundheitsleistungen und Erhöhung der Breitensteuern. Die Konzepte zur Erhöhung der Mehrwertsteuer auf satte 25 % liegen schon auf den Tischen der MinisterInnen.

Welche Krise?

Von vielen Medien und "ExpertInnen" wird die Krise als Finanzkrise gesehen. Damit soll der Blick auf die wahre Ursache verdeckt werden. Nicht der Kapitalismus an sich, sondern profitierige Finanzhaie sind schuld an der Krise! Deswegen braucht es nur ein bisschen mehr Vernunft und eine bessere Kontrolle vor allem der Finanzmärkte und schon ist alles wieder im Lot. Und bis es soweit ist, müssen wir halt alle "Federnd" lassen und jedeR muss seinen/ihren Beitrag zur Sanierung leisten. Das ist kurz zusammengefasst die weltweite Antwort und Analyse der Krise quer durch alle Lager der etablierten Politik.

Das ist aber grundfalsch! Ein Blick auf die Auswirkungen der Krise zeigt sehr schnell, wo der

“

Der Tenor des Buches lautet:

Wenn wir Gewerkschaftsfunktionäre nur dürften, könnten wir Betriebe viel besser und effizienter marktwirtschaftlich führen! Auch das ist ein fataler Irrtum, wie sich am Beispiel der BAWAG und des KONSUM tragisch gezeigt hat!

“

eigentliche Ursprung sitzt. Es sind die Industriebetriebe und allen voran die Autoindustrie, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Und das sind sie nicht allein deshalb, weil ihre ManagerInnen Unmengen an Geld bei riskanten Lotterie-Spekulationen versenkt haben. Mehr "Vernunft" und eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte hätten also diese Krise auch nicht verhindern können.

Viele Industriezweige sind schon seit langem in einer Krise, weil z.B. weltweit mehr Autos produziert als verkauft werden können. MarxistInnen nennen das eine "Überproduktionskrise" und dieses Merkmal ist auch das bestimmende Element dieser Krise. Wir leiden also an dieser Krise, weil zu viel da ist, es ist nicht verkauft werden kann und das, obwohl es auf der Welt so viele Menschen gäbe, die diese Produkte dringend brauchen würden. Grotesk! Aber

das ist eben Kapitalismus. Die Bedürfnisse der Menschen spielen keine Rolle, es geht nur um den Profit und das möglichst schnell.

Welches Rezept hat der ÖGB?

Erschreckend ist die Ohnmacht von ÖGB oder Arbeiterkammer. In den meisten Punkten stimmen sie kritiklos mit den bürgerlichen PolitikerInnen und der Wirtschaft überein. Das einzige Konzept, das sie kennen, ist der Erhalt der Kaufkraft. Die Menschen sollen also deswegen noch genug Geld verdienen, damit die Kaufkraft die Wirtschaft ankurbelt und nicht weil die Menschen das Geld zum Leben brauchen. Es geht also nicht um die Bedürfnisse der Menschen, sondern letztlich die Profite der Unternehmer, damit so wiederum ein paar Brotkrumen für die Menschen abfallen.

Anfang Juli fand der ÖGB-Kongress ganz im Zeichen der Krise statt. Er wurde benutzt, um den FunktionärInnen und BesucherInnen das neue ÖGB-Buch zur Wirtschaftskrise zu präsentieren. Schon der Untertitel "Krise erkennen, Krise analysieren, Krise bewältigen" sagt aus, worum es geht. Auf rund 300 Seiten wird BetriebsratInnen erklärt, wie sie am besten als "Schattenmanagement" betriebswirtschaftlich agieren können. Der Tenor des Buches lautet: Wenn wir GewerkschaftsfunktionärInnen nur dürfen, könnten wir Betriebe viel besser und effizienter marktwirtschaftlich führen! Auch das ist ein fataler Irrtum, wie sich am Beispiel der BAWAG und des KONSUM tragisch gezeigt hat!

Das letzte Kapitel ist schließlich auch dem laut ÖGB letzten Ausweg aus der Krise gewidmet. Nein, auch hier geht es nicht um Streik oder andere Formen der Auseinandersetzung zur Rettung der Arbeitsplätze. In ihnen sieht der ÖGB offenbar kein geeignetes Mittel um die Jobs, Rechte und Lebensstandard der Menschen zu verteidigen. Im letzten Kapitel geht um die Insolvenz bei einer unvermeidbaren Pleite. Und genauso pleite ist der ÖGB, wenn es um tatsächliche Rezepte gegen die Krise aus Sicht der Beschäftigten geht.

Herbstlohnrunden: Handeln statt Verhandeln!

Im Herbst beginnen wieder die Lohnrunden. Also die Verhandlungen der Gewerkschaft mit den Unternehmen um die Erhöhung unserer Löhne. Offenbar verfolgt der ÖGB das Konzept, dass, wer mit bereits runter gelassenen Hosen dort erscheint, die Hosen nicht runterlassen kann. Nun auch das ist ein Irrtum! Die jüngere SPÖ-Vergangenheit zeigt uns, dass man/frau sehr wohl auch noch im Liegen umfallen kann.

Endlich geschafft! AUSTRIAN an Lufthansa verschenkt!

von Herbert Wanko, SLP Wien

Der AUSTRIAN-Deal ist fix. Wie zu erwarten, bekam Lufthansa, die größte europäische Fluglinie, den Zuschlag.

Was kostet der zweifelhaften Deal ArbeitnehmerInnen, Jugendliche und Austrian-KollegInnen?

Vorläufig 666 Millionen Euro an Steuergeldern. Dazu kommen noch die Millionen, die für Beratungs- und Gerichtskosten, sowie für Abfertigungen von ManagerInnen ausgegeben wurden. Trotz massivem Stellenabbau in den letzten Jahren werden die KollegInnen weiter zur Kasse gebeten. Von rund 8.000 AUSTRIAN-KollegInnen befinden sich 4.600 in Kurzarbeit – bekommen weniger Gehalt, wobei der Gehaltsverlust teilweise vom AMS – also von unseren Beiträgen – ausgeglichen wird. Etwa 1.000 PilotInnen haben Gehaltsverzicht hinnehmen müssen. Über 1.000 KollegInnen sollen abgebaut werden.

Was sagt die Gewerkschaftsführung dazu?

Gar nichts, was einer bedingungslosen Zustimmung gleichkommt. Gerade die fliegenden AUSTRIAN-KollegInnen haben in der Vergangenheit stets gegen Verschlechterungen, bzw. für höhere Löhne gekämpft und oft Erfolg gehabt, auch für andere (mehr Geld für Lauda-KollegInnen, kein Lohndumping durch KollegInnen aus Osteuropa). Der Betriebsrat des Bodenpersonals war dabei leider meist passiv. Echte Solidarität zwischen Betriebsrat-Bord und Betriebsrat-Boden gibt es bis heute nicht. Das erschwert den Kampf gegen Verschlechterungen.

Warum gibt es jetzt kein Widerstand gegen die endgültige AUSTRIAN-Privatisierung?

Viele AUSTRIAN-KollegInnen haben negative Erfahrungen mit Misswirtschaft und Einmischung von "Außen" sowie negative Erfahrungen mit Politikereinfluss rund um den Flughafen (wie etwa bei SkyLink). Betriebsrat und Gewerkschaft fehlt ein alternatives Konzept. Die AUSTRIAN kann sehr wohl im öffentlichen Eigentum und zwar unter demokratischer Kontrolle der AUSTRIAN-KollegInnen funktionieren.

Was bedeutet das Geschenk an die Lufthansa?

Privatisierungen bedeuten Lohnverlust, Personalabbau und schlechteres Service. V.a. für viele AlleinerzieherInnen war ein AUSTRIAN-Job ein sicheres Einkommen ohne prekäre Verhältnisse. Gewerkschaftlicher Widerstand gegen den Lufthansadeal und die endgültige Privatisierung wäre wichtig, und Kampfmaßnahmen nötig. ÖGB und andere Belegschaften (etwa der Flughafen) müssten diesen Kampf solidarisch unterstützen. Die Forderungen müssten sich auch (wie beim Streik 1993) gegen die bisherige Unternehmensführung richten. Sie soll durch demokratisch gewählte, fähigere Leute aus der Belegschaft ersetzt werden. Weltweit ist die Luftfahrt in einer Krise. Internationale Solidarität mit anderen kämpfenden KollegInnen ist nötig. Eine soziale und ökologisch organisierte Luftfahrt ist letztlich im kapitalistischen System nicht möglich. Der Kampf um eine solidarisch, sozial und ökologisch geführte AUSTRIAN wäre daher ein Kampf in Richtung sozialistische Alternative zum kapitalistischen Krisensystem.

Kinderbetreuung – ein Wunschzettel von Beschäftigten und Eltern



von Laura Rafetseder, SLP Wien

Die Stadt Wien bietet ab Herbst kostenlose Kinderbetreuung. Ein wichtiger Schritt – aber reicht das? Aus Elternsicht würde ein Wunschzettel so aussehen: umfassende, flächendeckende, kostenlose, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Das beinhaltet: Nicht zittern müssen, ob man einen Platz bekommt, Betreuungszeiten die man selbst wählen kann, ein Betreuungsplatz ums Eck, genügend Betreuungspersonen, die Zeit und Muße haben, sich mit den Kindern ausgiebig zu beschäftigen.

Überlastetes, unterbezahltes, zu wenig Personal

Die SPÖ hat im Vorfeld des Wiener GR-Wahlkampfes endlich den Gratiszugang zu den öffentlichen Kindergärten in Wien beschlossen. Aber: Wenn man keinen öffentlichen Platz ergattert und auf private Einrichtungen zurückgreifen muss, werden nicht alle Kosten restlos gedeckt. Und es ist zu erwarten, dass sich Betreuungssituation und Belastung für BetreuerInnen

und HelferInnen weiter verschärft. Personal ist knapp und überlastet, freie Plätze sind Mangelware. Eine Situation, die sich nur entschärfen lässt, wenn Geld in die Hand genommen wird: Wenn BetreuerInnen und HelferInnen besser bezahlt werden, findet sich mehr Personal, damit verbessern sich Betreuungssituation und Arbeitsbedingungen. Mit aufgestockten Personalressourcen ließen sich mehr Plätze anbieten.

Wie Verbesserung erkämpfen?

In Wien haben sich BetreuerInnen zur Initiative 'Kindergartenauftand' zusammengetan. Als erste Aktion fand ein 'Flashmob' statt, weitere Aktionen für den Herbst sind angedacht. Selbst über Streiks wird diskutiert. Das sind gute erste Schritte. Aber um Forderungen nach höheren Löhnen und mehr Personal durchzusetzen, ist die Gewerkschaft gefordert. Die GdG-Führung hat sich auf den Standpunkt zurückgezogen, in den öffentlichen Kindergärten sei "eh alles paletti". Tatsächlich ist die Situation bei den privaten Trägern noch prekärer. Aber um eine private Betreuung überflüssig zu machen, müssten die öffentlichen Angebote so umfassend ausgebaut werden, dass nicht auf Private zurückgegriffen werden muss. Die Spaltung zwischen BetreuerInnen im öffentlichen und privaten Bereich kann überwunden werden, indem ein gemeinsamer Kampf organisiert wird. Mit einer entschlossenen Strategie kann die Führung von GdG und GPA an Bord geholt und zu einer Unterstützung des Kampfes "motiviert" werden – z.B. durch öffentliche Betriebsversammlungen, zu denen auch die Eltern eingeladen werden. Denn auch sie haben ein Interesse, sich am Kampf zu beteiligen.

Iran: Eine Generation im Aufstand

Wie kann die Bewegung in Iran erfolgreich sein – Forderungen und Perspektiven

eine Mittelseite von Albert Kropf, Charly Mittersteiger, Laura Rafetseder, Sebastian Kugler und Sonja Grusch

Hunderttausende IranerInnen auf der Straße. Zehntausende ExiliranerInnen demonstrieren in Solidarität mit der Bewegung international. Die Farbe der Bewegung ist Grün, in Anlehnung an die Farbe des unterlegenen/betrogenen Kandidaten Moussavi (und in Anlehnung an Grün als die Farbe des Islam). Was in der Bewegung fehlt, ist ein "roter Flügel" - d.h. eine Kraft, die sozialistische Forderungen einbringt. Aber ist das überhaupt sinnvoll? Steht es uns - hier "im Ausland" - überhaupt zu, Vorschläge zu machen oder gar Kritik zu üben?

Als SozialistInnen verfolgen und analysieren wir Entwicklungen in verschiedenen Ländern, heute aber auch jene in der Vergangenheit. Wir wollen aus den Erfahrungen lernen und Schlussfolgerungen ziehen, um Fehler nicht zu wiederholen. Als InternationalistInnen sehen wir es als unsere Verantwortung, auch zu Ereignissen in anderen Ländern Stellung zu beziehen und Vorschläge zu machen, wie Bewegungen vorwärts gehen können.

Volle demokratische Rechte

Die mehrheitlich jugendliche Bevölkerung ging gegen den vermeintlichen Wahlbetrug auf die Straße. Doch rasch ging es um mehr. Die Demonstrationen waren ein Ventil für den seit Jahren wachsenden Unmut. Freie Presse oder das Recht, Flugblätter zu produzieren und zu verteilen, gibt es nicht. Mit Ausnahme der kurzen Periode von 1979, als die ArbeiterInnenklasse die Machtfrage stellte, gab es in Iran nie umfassende bürgerliche Freiheiten. Der vom Westen gestützte Schah stand mit freien Gewerkschaften auf Kriegsfuß. Solange die islamische "Republik" Iran als Bollwerk gegen "den Kommunismus", bzw. gegen den Irak für die USA von Nutzen war, wurde die Unterdrückung der Opposition und der Frauen kritiklos akzeptiert. Auch Moussavi & Co. haben kein Interesse an wirklicher Demokratie. Denn eine freie Presse würde über die Rolle von Moussavi als Premierminister (1981-89) berichten und über seine Verantwortung für die Ermordung zehntausender Oppositioneller. Die Durchsetzung demokratischer Grundrechte ist daher nicht mit, sondern gegen die "grünen Reformer" möglich.

Zu den demokratischen Grundrechten gehört auch die volle Gleichstellung aller ethnischen und religiösen Gruppen, sowie der volle Schutz der Rechte von Minderheiten. Da nur 52% der Menschen in Iran PerserInnen sind, gibt es eine - von den Herrschenden gewünschte - Spaltung entlang ethnischer Linien. Auch wenn es paradox klingen mag: diese Spaltung kann nur durch die Verteidigung der kulturellen/ethnischen Rechte durch die Massenbewegung überwunden werden.

Freilassung aller politischen Gefangenen

In Iran gibt es wohl zehntausende politische Gefangene, darunter auch eine Reihe prominenter Oppositioneller bzw. RegimekritikerInnen. Die Behandlung der Gefangenen ist brutal. Mittels Schauprozessen wird versucht die Oppositionellen in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Das drückt auch die Verzweiflung des Regimes aus, das hofft, durch besondere Brutalität die Bewegung unterdrücken zu können.

Gleichzeitig hat Iran den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte der UNO unterzeichnet und ratifiziert. Westliche Regierungen protestieren gegen die Behandlung der Opposition. Auch wenn Einzelne durch die prominente Unterstützung befreit werden können, ändert das wenig. Die Homosexuellen und die GewerkschafterInnen sind dem Westen egal. Es ist scheinheilig, wenn der deutsche Außenminister Steinmeier die Freilassung der politischen Gefangenen in Iran fordert, gleichzeitig aber Deutschland der zweitwichtigste Handelspartner von Iran ist und diesen auch mit Überwachungstechnologien von Siemens oder Elektroschlagstöcken aus deutscher Produktion beliefert.

Wenn sich die politischen Gefangenen auf internationales Recht und die westlichen Regierungen verlassen, haben sie verloren. Die Freilassung aller politischen Gefangenen muss insbesondere von den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung aufgestellt und aktiv verfolgt werden. Wenn z.B. die TransportarbeiterInnen gewerkschaft die Einfuhr iranischer Waren verhindert oder Gewerkschaften massive Proteste vor iranischen Einrichtungen organisieren, dann baut das einen enormen Druck auf.

Keine Zusammenarbeit mit iranischen Behörden

Die Erfahrung lehrt: die österreichischen Behörden stehen nicht auf Seiten der Opfer, sondern der jeweiligen Regierungen. In Folge der "Kurdenmorde" 1989 konnten die mutmaßlichen Täter in der iranischen Botschaft untertauchen und unbewilligt ausreisen. Der Staat hat die Aufgabe, die Interessen von Wirtschaft und herrschender Klasse zu schützen. Dabei hat er auch kein Problem, Geschäfte und enge Kontakte zu brutalen Regimes zu haben. 1967 z.B. konnten Angehörige des iranischen Geheimdienstes in Westberlin DemonstrantInnen verprügeln, die gegen einen Besuch des Schahs protestierten. Die deutsche Polizei sah zu (und erschoss später den Studenten Benno Ohnesorg).

Es ist also davon auszugehen, dass es auch heute enge Kontakte zwischen den Behörden gibt. Es ist nicht auszuschließen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung - BVT Daten an die iranischen Behörden weiterleitet. Je größer diese Demonstrationen sind, umso schwerer ist ihre Überwa-

chung. Es ist die Aufgabe österreichischer TeilnehmerInnen, die iranischen KollegInnen kollektiv vor der Bespitzelung zu schützen.

Schluss mit der Frauenunterdrückung

Die Bewegung wird stark von Frauen getragen. Die getötete Studentin Neda ist zu ihrem Symbol geworden. Es geht den Iranerinnen nicht um Lippenstift und westliche Kleidung, sondern um ein selbstbestimmtes Leben. Die westliche Beschränkung darauf, dass "der Islam frauenfeindlich" ist, greift zu kurz. Wie alle Religionen ist der Islam frauenfeindlich, weil er die "biologische Rolle" ins Zentrum rückt. Wie aber ebenfalls bei allen Religionen gibt es sehr unterschiedliche Auslegungen. Die katholische Kirche verweigert Frauen den Zugang zu Priesterämtern und verbietet Scheidung. Manche islamische Strömungen bestehen auf einer Verschleierung der Frau. Seit ihrer Machtergreifung 1979 hat sich die Situation von Frauen in Iran massiv verschlechtert. Gleichzeitig ist der Bildungslevel stark angestiegen. Die Alphabetisierungsrate der 15-30jährigen liegt bei 97%. Ein Drittel der Beschäftigten sind weiblich, 63% der Studierenden und ein Drittel aller AkademikerInnen mit Doktortitel ebenfalls. Aber es gab seit 1979 keine weiblichen MinisterInnen mehr. Dass Ahmadinejad jetzt wieder welche ins Amt holt, ist ein Tribut an die Bewegung.

Der Kampf für die Rechte von Frauen in Iran beschränkt sich nicht auf die Frage der Verschleierung. Es geht um die politische Partizipation und v.a. um soziale Rechte. Gerade für Frauen sind daher gewerkschaftliche Rechte wichtig - denn nur wer ein Einkommen hat, von dem ein eigenständiges Leben möglich ist, kann ein solches auch praktisch führen.

Für die Trennung von Religion und Staat

In Iran gibt es eine reiche Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, die nicht religiös gefärbt ist. Dass 1979 ein "Gottesstaat" errichtet wurde, obwohl eine soziale Revolution der ArbeiterInnenklasse begonnen hatte, die ganz real die Machtfrage stellte, liegt in den Fehlern der linken Organisationen. Die moskautreue Tudeh-Partei meinte damals, es wäre "zu früh" für eine sozialistische Gesellschaft und gab die Parole für eine "demokratische Islamische Republik" aus. Sie marschierte hinter der kapitalistisch-islamischen Geistlichkeit her, anstatt die Macht, die auf der Straße bzw. in den Händen der demokratischen Komitees, der Shoras lag, zu ergreifen. Die religiösen Führer waren weniger zimperlich, entrissen der iranischen ArbeiterInnenklasse die Macht und verfolgten Linke und GewerkschafterInnen.

Die Trennung von Religion und Staat ist eine bürgerliche Grundforderung, die aus dem Bedürfnis des Kapitals entstanden ist, die profit-

beschränkenden feudalen Grenzen zu überwinden. Aufgrund der verzögerten Entwicklung des Kapitalismus in Iran ist nie eine unabhängige starke bürgerliche Klasse entstanden, die diese Trennung hätte vollziehen können. Religion sollte Privatsache sein - um das durchzusetzen braucht es eine starke nicht-religiöse ArbeiterInnenbewegung.

Aufbau demokratisch gewählter Komitees

Die Bewegung verläuft in vielen Bereichen spontan. Das gibt Teilen der herrschenden Schicht, z.B. rund um Moussavi die Möglichkeit, sie zu steuern und den eigenen Einfluss auszubauen. Aber Moussavi & Co. haben andere Ziele als die Studierenden, die ArbeiterInnen und die Armen, die an den Protesten teilnehmen. Sie müssen daher ihre eigenen, demokratischen Strukturen aufbauen, in denen die Ziele und die nächsten Schritte im Kampf diskutiert, entschieden und umgesetzt werden. Sie müssen sich gleichberechtigt aus Frauen und Männern zusammensetzen und die Religion ist Privatsache in solchen Komitees. Im Gegensatz zu bürgerlichen Parlamenten haben solche Komitees keine starren Regeln, sondern können auf Veränderungen reagieren, weil ihre TeilnehmerInnen selbst entscheiden, was geschieht - und wer sie vertritt (oder eben auch nicht mehr). Solche Komitees gab es schon in der Revolution von 1979 in Form der Shoras. Sie sind die logischen Strukturen, die entstehen, wenn die ArbeiterInnenklasse und die Armen in den Kampf eintreten. Nur sie können sowohl den Kampf organisieren als auch sicherstellen, dass künftige Wahlen frei und demokratisch ablaufen.

Organisierung und Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung

In Iran leben 70% der Menschen in den Großstädten, die ArbeiterInnenklasse ist die stärkste Kraft in der Gesellschaft. Seit 2004 haben Streiks und Arbeitskämpfe wieder zugenommen. Teheraner Busfahrer, Beschäftigte in den Zuckermühlen im südiranischen Haft Taph, LehrerInnen, TextilarbeiterInnen und die AutobauerInnen bei Iran Khodro haben Streiks und Kämpfe um Arbeitsplätze und Löhne organisiert. Es ging immer auch um das Recht, freie Gewerkschaften zu gründen. 2005 führte ein landesweiter Streik- und Protesttag im Juli sogar zu Streiks in der heiligen Stadt Qom. In diesem Jahr wurden bei den Mai-Demonstrationen im Laleh-Park in Teheran mehr als 80 AktivistInnen festgenommen. Obwohl illegal und verfolgt, gibt es gewerkschaftliche Strukturen.

Der ÖGB ist aufgefordert, alle gewerkschaftlichen und betrieblichen Strukturen in Iran aktiv zu unterstützen. Die Forderung nach freien Gewerkschaften ist zentral für den weiteren Kampf. Die ArbeiterInnenklasse ist die ent-



Der Weg zur Iranischen Revolution 1979

1906/1911
Bürgerlich-revolutionäre Erhebungen

1917
Ausrufung der Sowjetrepublik von Gilan (Nordiran)

1921

Militärputsch des von GB unterstützten Reza Khan und Niederschlagung der Sowjetrepublik von Gilan (Nordiran)

1941

Anglo-sowjetische Besetzung des "neutralen" Iran aus Angst, der Schah könne sich mit Deutschland verbünden. Der Schah muss abdanken, sein Sohn Mohammad Reza Pahlavi wird Nachfolger. Gründung der stalinistischen (moskautreuen) Tudeh-Partei, die rasch durch Arbeitskämpfe eine Massenunterstützung aufbaut

1943

Auf der Konferenz von Teheran teilen Roosevelt, Stalin und Churchill die Welt nach Einflusszonen für eine "Neuordnung" nach dem 2. Weltkrieg auf

1946

Der Kampf der Ölarbeiter von Chuzestan ist der bis dato größte Streik im Mittleren Osten. Im Jänner wird die Republik Kurdistan in der Stadt Mahabad (Nordosten) ausgerufen. Sie hält sich bis zur Niederwerfung durch von den USA unterstützte iranische Truppen im Dezember

1951

Unter dem bürgerlich-demokratischen Permieminister Mossadegh wird die Öl-Industrie gegen den Willen des Westens verstaatlicht. Die USA und Britanniens boykottieren daraufhin iranisches Öl und pusten den Schah an die Macht

1953

Absetzung des Schahs, der flieht. Ein vom CIA unterstützter Putsch stürzt Mossadegh und bringt den Schah zurück an die Macht. Die Führung der 100.000 Mitglieder starken Tudeh flieht nach Moskau statt Widerstand zu leisten

scheidende Kraft dafür, ob die jüngste Bewegung erfolgreich sein kann. Wenn sie in Massen und als Klasse in den Kampf eintritt, dann kann sich das Regime nicht halten. Der Schah wurde durch einen Generalstreik gestürzt - auch heute kann ein Generalstreik ein entscheidender Schritt für den Sturz der Mullahs sein.

ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung

Iran ist als viertgrößter Erdölproduzent ein reiches Land. Trotzdem ist die soziale Situation der Mehrheit alles andere als rosig: die Arbeitslosigkeit liegt bei geschätzten 20 %, die Inflation bei 30 %. Die Erdölindustrie ist zwar verstaatlicht, aber weil Iran eben ein kapitalistisches Regime hat, wird mit voller Wucht gegen die Beschäftigten vorgegangen. Proteste der Erdölarbeiter hatten sich z.B. 2000 gegen den Abbau von 40.000 Beschäftigten gerichtet.

Ahmadinejad war u.a. auch mit seiner Ankündigung an die Macht gekommen, die massive Korruption in der Erdölindustrie zu bekämpfen.

Bei den Machtkämpfen in der iranischen Elite geht es auch um wirtschaftliche Fragen - Ahmadinejad steht mehr für einen protektionistischen Kurs, Chatami und Rafsanjani für eine Öffnung der Wirtschaft zum Westen (d.h. für eine Privatisierungspolitik). Iran zeigt, dass die Eigentumsform (privat oder staatlich) allein noch nichts darüber sagt, wie es den Beschäftigten geht.

Damit die IranerInnen tatsächlich vom Reichtum ihres Landes profitieren können, müssen sie den Reichtum selbst kontrollieren und verwalten. Das gilt insbesondere für die Öl- und Gasindustrie.

Neuwahlen, Sozialistische Partei und eine Regierung der ArbeiterInnen

Eine zentrale Forderung der Bewegung sind Neuwahlen. Diese allein würden wenig ändern. Es braucht Wahlen, bei denen alle KandidatInnen zugelassen sind (und nicht wie jetzt nur wenige durch die Mullahs handverlesene) und bei der alle Parteien antreten können. Es braucht neue Par-

teien - insbesondere Parteien der ArbeiterInnen. Eine sozialistische Partei in Iran kann rasch Massenunterstützung gewinnen, wenn sie die demokratischen Forderungen der Studierenden mit den sozialen Forderungen der ArbeiterInnen verbindet und basierend auf den demokratischen Komitees für eine sozialistische Gesellschaftsveränderung eintritt. Sie kann die berüchtigten Basidsch-Milizen neutralisieren, in der viele sehr arme IranerInnen aktiv sind, indem sie auf Basis sozialer Forderungen Teile davon für eine revolutionäre Veränderung gewinnt.

Bei Neuwahlen geht es nicht nur darum, die AkteurInnen im jetzigen Iran auszuwechseln, sondern um einen gänzlich anderen Staat. Die Wahlen dürfen also nicht eine bloße Wiederholung der letzten sein, sondern müssten Wahlen zu einer revolutionären verfassungsgebenden Versammlung sein. Eine neue Regierung würde eine völlig andere politische und soziale Basis haben. Es braucht eine Regierung der ArbeiterInnen und BäuerInnen, die eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft konkret angeht.

marxismus aktuell» Demokratie: Wichtig – aber nicht genug!

Auf Solidaritätsdemonstrationen für die Bewegung im Iran dominiert der Slogan "Wo ist meine Stimme"? Die Bewegung ist sehr inhomogen, insbesondere die Moussavi-AnhängerInnen beschränken sich auf einige demokratische Forderungen. Diese sind wichtig – aber als SozialistInnen meinen wir, dass sich die Bewegung, wenn sie erfolgreich sein will, nicht darauf beschränken darf. Das bedeutet nicht, dass Forderungen nach demokratischen Rechten falsch sind, wohl aber die Beschränkung darauf. Auch manche "SozialistInnen" oder "KommunistInnen" verzichten auf weitergehende Forderungen – sie trennen zwischen "Demokratie jetzt" und "Sozialismus irgendwann". Die Geschichte hat aber immer wieder bestätigt, dass in der Periode des Imperialismus demokratische Rechte in (neo-)kolonialen Staaten nur erkämpft werden können, wenn man sich nicht auf Forderungen nach bürgerlicher Demokratie beschränkt.

Etappentheorie: Demokratie jetzt – Sozialismus irgendwann?

Die Trennung in sofortige Ziele und ein sozialistisches Ziel hat Tradition. Das gilt für die Geschichte von Iran ebenso wie für andere Demokratiebewegungen. Tatsächlich geht die Idee dieser Trennung auf den reformistischen Teil der ArbeiterInnenbewegung zurück. Besonders stark setzte die stalinistische Bürokratie darauf. In der Praxis bedeutete das das Bündnis mit bürgerlichen Kräften und den Verzicht auf sozialistische Forderungen oder auch nur der Kritik an kapitalistischer Politik. Die theoretische Basis dafür suchte man in einer mechanischen Auslegung des Marxismus. Marx und Engels hatten aufgezeigt, dass die Menschheit in ihrer Geschichte verschiedene Etappen (Urgesellschaft–Sklavenhaltergesellschaft–Feudalismus–

Kapitalismus) durchläuft. Die StalinistInnen, aber auch viele SozialdemokratInnen, leiteten daraus ab, dass rückständige Länder erst ein Stadion des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie durchlaufen müssen, bevor Sozialismus möglich sei. Man argumentierte, dass der Kampf für Sozialismus auf die Zukunft aufgeschoben werden müsse, nach der Errichtung und Entwicklung eines kapitalistischen Staats. Folgerichtig gingen die KPs, die moskautreu an dieser Etappentheorie festhielten, Bündnis mit "fortschrittlichen" Kräften des Bürgertums ein und verzichteten auf eigenständige, sozialistische Politik. Das war insbesondere im Kampf gegen den Faschismus die – wenig erfolgreiche – Methode des Stalinismus.

Die Etappentheorie hat in der Geschichte immer wieder zu blutigen Niederlagen der ArbeiterInnenklasse geführt, z.B. als in Chile 1973 oder in Indonesien 1965 das Militär die Macht übernahm. In Iran 1979 war die Konzentration auf eine "demokratische Etappe", und damit einer Beibehaltung des Kapitalismus verantwortlich dafür, dass die Mullahs an die Macht kamen. In Indonesien 1998 war eine ähnliche Politik verantwortlich dafür, dass die meisten Forderungen der großen Reformasi-Bewegung nach wie vor unerfüllt geblieben sind.

Permanente Revolution

Demgegenüber wurden in der Russischen Revolution 1917 erfolgreich jene Ideen bestätigt, die Leo Trotzki 1905 in der Theorie der permanenten Revolution zusammenfasste:

"In Bezug auf die Länder mit einer verspäteten bürgerlichen Entwicklung, insbesondere auf die kolonialen und halbkolonialen Länder, bedeutet die Theorie der permanenten Revolution, dass die volle und wirkliche Lösung ihrer demokratischen

Aufgabe und des Problems ihrer nationalen Befreiung nur denkbar ist mittels der Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nation und vor allem ihrer Bauernmassen."

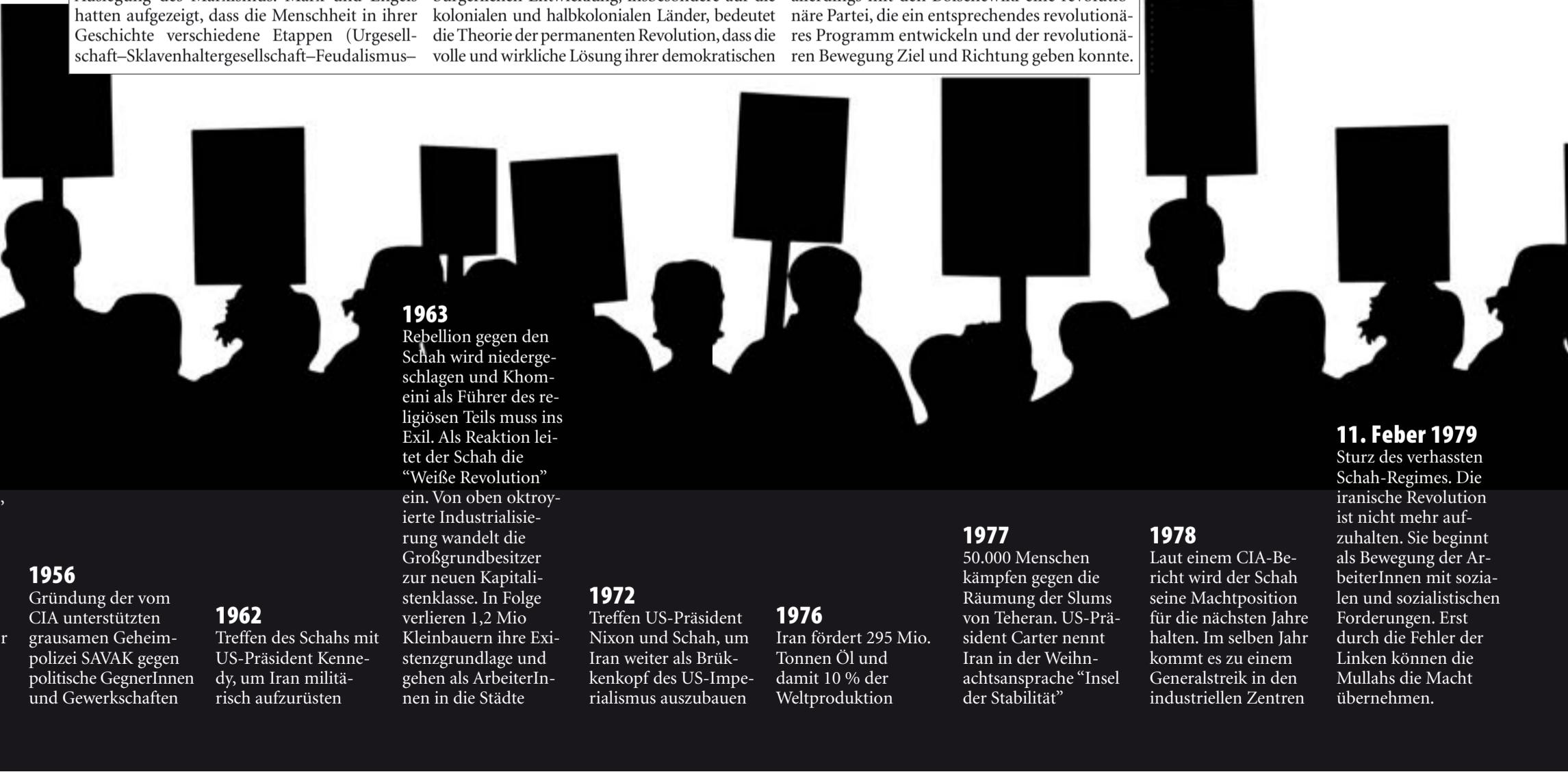
Trotzki erläuterte damit, dass die schwache kapitalistische Klasse eines rückständigen Landes nicht in der Lage ist, die historischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu vollenden (Durchsetzung demokratischer Rechte, Landreform, Lösung der nationalen Frage), da sie von Großgrundbesitz und Imperialismus abhängig ist. Diese Aufgaben können nur durch die ArbeiterInnenklasse durchgesetzt werden, im Bündnis mit der BäuerInnenklasse. Einmal erlangt, können die ArbeiterInnen nicht bei demokratischen Forderungen stehen bleiben, da ihre Verteidigung nur durch ein Vorwärtsgehen möglich ist. Daher kann der Weg für die Massen in der (neo-)kolonialen Welt zur Demokratie nur über eine sozialistische Revolution führen. Trotzki – und Lenin, der sich seiner Analyse anschloss – betrachtete Staaten, die wir heute als "3. Welt" bezeichnen nicht als isoliert. Er sah sie als Teil des weltweiten Kapitalismus und erkannte, dass auch in diesen Staaten die vorherrschenden Produktionsbedingungen kapitalistische sind, auch wenn es starke feudale Strukturen und mittelalterliche Bedingungen z.B. in der Landwirtschaft gibt.

In der Russischen Revolution hat sich die "Theorie der permanenten Revolution" bestätigt – die Februarrevolution und die folgende bürgerliche Regierung konnten die brennenden Fragen ("Land, Friede, Brot") nicht lösen, das geschah erst durch die Oktoberrevolution und den Sturz des Kapitalismus. In Russland gab es allerdings mit den Bolschewiki eine revolutionäre Partei, die ein entsprechendes revolutionäres Programm entwickeln und der revolutionären Bewegung Ziel und Richtung geben konnte.

Rambo und die Religion

Sind all die IranerInnen, die in dieser Zeit "Gott ist groß" von den Dächern Teherans ruhen, automatisch reaktionäre FundamentalistInnen? Oder fertige soziale RevolutionärInnen? Diese überspitzt formulierte Frage führt zu einem wesentlichen Thema, das nicht nur in Iran von Bedeutung ist: die Religion. In ihren Ursprüngen tragen Religionen oft sozialrevolutionäre Züge in sich. Ideen der Gleichheit, der Barmherzigkeit etc. drücken einen Protest der Unterdrückten gegen ihr jeweiliges Gesellschaftssystem aus. Als Form der Rebellion eignet sich Religion jedoch kaum. Etablierte Religionen, und vor allem ihre "irdischen" VertreterInnen predigen seit jeher Gehorsam und vertreten ihre Gläubigen auf ein Paradies im Jenseits. Natürlich nicht ohne Eigennutz: Egal ob katholischer Priester oder islamischer Mullah, Geistliche profitierten immer von Klassengesellschaften und nutzten gemeinsam mit den Herrschenden die Religion als Spaltungs- und Unterdrückungsmittel, so auch in Iran.

Fakt ist, dass ein immer größerer Teil des iranischen Volkes von dem fundamentalistischen Mullah-Regime, das nur durch soziale Rhetorik und Versprechungen an die Macht kam, nichts wissen will. Doch das geheuchelte Mitgefühl der entwickelten kapitalistischen Länder mit den iranischen DemonstrantInnen ist nichts wert. Wer hat denn den radikalen Islamismus salonfähig gemacht? Imperialistische Mächte wie die USA unterstützten und bauten gezielt islamistische Gruppen auf, um gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Das waren nicht einmal irgendwelche Geheimprojekte. So schießt sich Sylvester Stallone beispielsweise im Kinohit "Rambo" Seite an Seite mit heldenhaften islamistischen Kämpfern durch Reihen feindlicher "Kommunisten". Nach dem Wegfall der Sowjetunion hatten die USA jedoch keine Verwendung mehr für die Fundamentalisten und überließen sie sich selbst. Ironisch, aber logisch: Genau aus diesen Gruppen bildeten sich Organisationen wie die Taliban, die nun den Jihad gegen ihre einstigen Waffenlieferanten und Ausbilder führen. Auch Israel förderte gezielt fundamentalistische islamistische Organisationen wie die Hamas, um der Palästinensischen Befreiungsfront den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die arabische Welt besteht also nicht, wie es uns westliche Medien weismachen wollen, von Natur aus aus religiösen FanatikerInnen, die sich und andere in ihrem Wahn in die Luft sprengen wollen.



1956

Gründung der vom CIA unterstützten grausamen Geheimpolizei SAVAK gegen politische GegnerInnen und Gewerkschaften

1962

Treffen des Schahs mit US-Präsident Kennedy, um Iran militärisch aufzurüsten

1963

Rebellion gegen den Schah wird niedergeschlagen und Khomeini als Führer des religiösen Teils muss ins Exil. Als Reaktion leitet der Schah die "Weiße Revolution" ein. Von oben oktroyierte Industrialisierung wandelt die Großgrundbesitzer zur neuen Kapitalistenklasse. In Folge verlieren 1,2 Mio Kleinbauern ihre Existenzgrundlage und gehen als ArbeiterInnen in die Städte

1972

Treffen US-Präsident Nixon und Schah, um Iran weiter als Brückenkopf des US-Imperialismus auszubauen

1976

Iran fordert 295 Mio. Tonnen Öl und damit 10 % der Weltproduktion

1977

50.000 Menschen kämpfen gegen die Räumung der Slums von Teheran. US-Präsident Carter nennt Iran in der Weihnachtsansprache "Insel der Stabilität"

1978

Laut einem CIA-Bericht wird der Schah seine Machtposition für die nächsten Jahre halten. Im selben Jahr kommt es zu einem Generalstreik in den industriellen Zentren

11. Februar 1979

Sturz des verhassten Schah-Regimes. Die iranische Revolution ist nicht mehr aufzuhalten. Sie beginnt als Bewegung der ArbeiterInnen mit sozialen und sozialistischen Forderungen. Erst durch die Fehler der Linken können die Mullahs die Macht übernehmen.

Mauerfall im Klassenzimmer

Was uns die Schule über die DDR und ihr Ende erzählt

von Elisabeth Brahier, SLP Salzburg

"Im Gegensatz zur BRD ging der Wiederaufbau in der DDR nur langsam vor sich. Die schlechte Versorgung, die Erhöhung der Leistungsnormen für die Arbeiter und der politische Druck führten im Juni (Anmerkung: 1953) zu einem offenen Aufstand gegen die Sozialistische Einheitspartei und die Regierung. Der Aufstand wurde jedoch mit Hilfe sowjetischer Panzer innerhalb von zwei Tagen brutal niedergeschlagen." So steht es, als knapper Text umrahmt mit Stacheldraht-Bildchen im Geschichtsbuch einer 8. Schulstufe. Vierzehnjährige SchülerInnen sollen zu diesem Thema somit folgende Botschaft mitnehmen: "Die Ostdeutschen wollen keinen Kommunismus", "dem Westen ging's besser" und "die Russen sind ein brutales Volk." Wahrlich brach am 17.6.1953 - ausgehend von einer Bauarbeiterdemonstration - ein Aufstand aus. Jedoch richtete er sich gegen die korrupte Bürokratie und die mangelnde Demokratie in ihrem stalinistisch geführten Staat und proklamierte keineswegs den Kapitalismus als Alternative. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang vielmehr gerade die Rolle des Westens: der West-Radiosender RIAS Berlin etwa weigerte sich, den Aufruf zum Streik zu senden - der Streik war nämlich nicht (so wie es im oben zitierten Schulbuch den Anschein nimmt) primär pro-kapitalistisch. Den ostdeutschen ArbeiterInnen ging es nicht um die Wiedereinführung des Kapitalismus - Ziel war eine demokratische, sozialistische Gesellschaft.

Was wollte die Bewegung 1989 ursprünglich?

Angesichts der ökonomischen und politischen Krisen der Bürokratie hatte sich im Jahr 1989 eine kämpferisch-revolutionäre Stimmung innerhalb der Bevölkerung der DDR (sowie in ganz Osteuropa) aufgestaut. Anfänglich waren die Demonstrationen jedoch keineswegs auf die - kapitalistische - "Wiedervereinigung" ausgerichtet. So begann die Großdemonstra-

Die Großdemonstration am 4. 11. 1989 begann mit den Worten "Das ist eine sozialistische Kundgebung".

tion am 4.11.1989 mit den Worten "Das ist eine sozialistische Kundgebung". Die Forderungen waren vor allem auf eine Demokratisierung, ein Ende der Unterdrückung durch die Stasi (Ministerium für Staatssicherheit, DDR-Geheimdienst) und - sehr oft - auf einen besseren oder anderen Sozialismus gerichtet. Auf den Demos tauchten zahllose Transparente mit Lösungen wie "Alle Macht den Räten", "Sozialismus - ja, aber besser" oder "Gegen Monopolsozialismus - für demokratischen Sozialismus" auf.

Unsere Schulbücher haben zu diesem Jahr allerdings folgendes zu sagen: "(...) Immer mehr BürgerInnen forderten: 'Wir wollen raus!'. Die DDR-Machthaber wagten es nicht mehr, gewaltsam gegen Demonstranten vorzugehen. Durch Zugeständnisse wollte die regierende Einheitspartei SED ihre Macht retten: Die Berliner Mauer wurde geöffnet, endlich gab es Reisefreiheit! Doch die Demonstrationen gingen weiter und man hörte 'Wir sind ein Volk!' und 'Deutschland, einig Vaterland!'. (...)"

Natürlich gab es auch anfänglich bereits eine Strömung, die klar auf die "Wiedervereinigung" setzte und diese oft mit nationalistischen Untertönen mixte, doch war diese noch keineswegs bestimmt. Dominierend war die Lösung "Wir sind das Volk". Sogar der "Demokratische Aufbruch", eine Oppositionsorganisation, die später der CDU beitrat, forderte anfänglich "eine sozialistische Gesellschaft auf demokratischer Grundlage". Auch die bekannteste Vertreterin der anfänglich wichtigsten Oppositionsgruppe, des "Neuen Forum" (das später in den Grünen aufging), Bärbel Bohley, bekannte sich zum Sozialismus.

Laut der Financial Times vom 11.11.1989 meinten in einer Umfrage 86%, sie seien für sozialistische Reformen, hingegen wollten nur 5% eine kapitalistische Restauration. Eine revolutionäre Entwicklung war also durchaus nicht ausgeschlossen. Es existierte allerdings - im Gegensatz zu den prokapitalistischen Parteien - keine organisierte Kraft in der DDR, welche die Bewegung in diese Richtung weitertreiben hätte können. Die "Wiedervereinigung" - Jahrzehntlang im Westen als Propagandaformel getrommelt - entwickelte sich für viele zur einzigen greifbaren Perspektive welche allerdings von der Regierung Kohl zunächst nur zögerlich aufgegriffen wurde.

Aus "Wir sind das Volk" wurde "Wir sind ein Volk"

Erst am 13.1.1990 befürworteten bundesdeutsche PolitikerInnen öffentlich eine "deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion". Der Großteil der alten BürokratInnen lief nun mit fliegenden Fahnen ins kapitalistische Lager über. Kanzler Helmut Kohl versprach in der Folge "blühende Landschaften" und damit eine scheinbare, positive Alternative zum gescheiterten Stalinismus. Gegenüber "Wir sind das Volk" setzte sich nun "Wir sind ein Volk" endgültig als Motto der Demonstrationen durch. Die damit verbündeten Hoffnungen sollten in den folgenden Jahren allerdings bitter enttäuscht werden: Der wirtschaftliche Ausverkauf begann nämlich bereits mit der Gründung der Treuhand am 1.3.1990, die in der Folge alles verkaufen und privatisieren sollte, was nicht niet- und nagelfest war. (Die Politik der Treuhand wird übrigens heute von 63% der ostdeutschen Arbeitslosen als Hauptursache für die hohe Arbeitslosigkeit im Osten genannt.) Und bereits am 2.7. - dem Tag nach der Währungsunion - bekamen 600.000 ArbeiterInnen den blauen Brief.

Quellen:
'Deutsche Wiedervereinigung - 10 Jahre danach'; aus Zeitbilder 4, öbv&hpt;
'Perestroika', Michail Gorbatschow;
www.sozialismus.info

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig,
Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

WIEN

bis 9.9. SLP-Sommer-Debatte
jeden Mittwoch um 19.00,
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8,
(U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

Ab Mitte September gibt es in Wien
eine Reihe neuer SLP-Ortsgruppen:
Orte, Zeiten und Themen entnehmen
sie bitte der SLP-Hompage
www.slp.at

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

**Jetzt Abo
bestellen!**



tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
"Abo" nicht vergessen!

*Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

ALLES INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld.
Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag).

Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle
Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause -
ein "All-Inclusive-Abo" eben.

PSK 8812.733

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI

www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI

www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)

www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)

www.chinaworker.org

Paginas del CIT/CWI en español

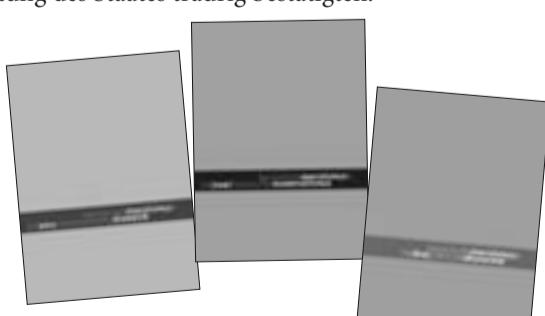
www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland

Von wegen Sommerloch...

Mag sein, dass die PolitikerInnen im Sommer monatelang Urlaub machen, für Normalsterbliche und daher auch für die SLP ist das nicht möglich. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise hat die SLP einen Schwerpunkt auf politische Grundsatzarbeit gelegt. Denn ohne Theorie gibt es keine solide Basis für praktische Arbeit. Im Rahmen der SLP-Sommerdebatten organisierten wir eine Serie von Diskussionen u.a. zu wirtschaftlichen Fragen. Mit einem Vertreter der AK-Wien debattierten wir die Frage "Marx vesus Keynes" und mit einem Vertreter der Grünen Wien das Wirtschaftskonzept der Grünen. In einer Reihe von Diskussionen ging es um den Themenkomplex "Aufrüstung des Staates", so in der Debatte mit dem Ex-Polizisten Franz Witzmann und dem Chef der Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen bei der Polizei Hermann Greyligner. In der Veranstaltung mit Martin Balluch (VGT) und Rene Schindler (GMT) zum §278 wurde der Brückenschlag zwischen den Angriffen auf die Tierrechtsbewegung und den drohenden Angriffen auf die Gewerkschaften vollzogen. All diese Diskussionen fanden noch vor den Todesschüssen

von Krems statt, die unsere Analyse von der Aufrüstung des Staates traurig bestätigten.



Basiswissen Marxismus...

...heißt eine neue Broschürenserie der SLP. In den ersten drei Heften geht es darum wie MarxistInnen Analysen treffen (materialistische Dialektik), wie wir die Geschichte betrachten (historischer Materialismus) und wie die Wirtschaft funktioniert, oder nicht funktioniert (Politische Ökonomie). Kurz erklärt, mit Zitaten von Marx, Engels, Lenin, Trotzki etc.

angereichert kann rasch ein Einstieg in den Marxismus gefunden werden.

Denn Grau ist jede Theorie...

...und rot die Farbe der SLP. Denn natürlich haben wir uns mit Debatten, Broschüren und Seminaren in Linz und dem Burgenland nicht nur auf die Theorie beschränkt. Im Gegenteil: haben wir gerade in Oberösterreich eine Reihe von Aktivitäten gegen die drohende Kandidatur der NVP gesetzt, u.a. eine Demonstration am 11.8. in Linz. In Wien, Salzburg und Krems waren SLPLersInnen bei einer Reihe von Protesten und Demonstrationen anlässlich der Todeschüsse von Krems und haben auch hier den Zusammenhang zwischen Polizeigewalt und Wirtschaftskrise hergestellt. Last - but not least - sei auch noch der Auftritt des SLPLers Sebastian Kugler und seiner Band SiebenSchläfer beim Frequency zu betonen. Denn sie hatten auch eine moderne Version der Internationale im Repertoire - die erkannt wurde und beim Publikum gut angekommen ist.



Neues aus dem CWI

Streikende von Lagbus im Gefängnis

Die Angestellten von Lagbus, einer Firma für den Nahverkehr in Lagos, Nigeria, haben unter für uns kaum vorstellbaren Bedingungen zu arbeiten: Bis zu 80 Wochenstunden, miese Bezahlung, keine Sozialleistungen. Durch die Einstellung von MitarbeiterInnen über Personalvermittlungsfirmen auf Vertragsbasis wird versucht, die Löhne weiter nach unten zu drücken. Teilweise verdienen diese Leute weniger als die Hälfte als die Stammbelegschaft. Die Bediensteten führten mehrere zweitägige Streiks durch, ein erstes Ergebnis ist die Reduktion der Arbeitszeit auf 60 Stunden pro Woche. Doch es geht um mehr – die 40-Stundenwoche, höhere Löhne, Sozialversicherung, die Rücknahme ungerechtfertigter Kündigungen und auch eine Abkehr von den Personalvermittlungsfirmen, hin zur direkten Anstellung. Die Streiks waren von Repressionen der Regierung begleitet, fünf Angestellte waren für eine Woche im Gefängnis. Trotz der Freilassung ist im weiteren Verlauf des Konflikts mit weiteren, massiven Angriffen zu rechnen, 17 MitarbeiterInnen eines anderen Bereichs des Unternehmens sind seit mittlerweile einem Jahr im Gefängnis...

Erfolgreiche Besetzung einer Fabrik in Mailand

Im März 2008 entschied der Besitzer der Maschinenfabrik den Betrieb einzustellen, um eine profitable Wohnsiedlung zu errichten. Die MitarbeiterInnen besetzten die Fabrik und setzten die Produktion fort, bis sie im September von der Polizei vertrieben wurden. Trotzdem schafften sie es den Abtransport der Maschinen zu verhindern, obwohl sie im Februar diesen Jahres erneut von der Polizei attackiert und zum Teil verletzt wurden. Verhandlungen mit potentiellen neuen Eigentümern, die die Produktion fortsetzen würden, begannen. Die lokalen Behörden gaben an, es würde während der Ferienzeit im August keine erneuten Versuche geben. Tatsächlich starteten die Besitzer mit der Polizei am 2. August einen neuen Versuch zum Abtransport. Am Höhepunkt des Kampfes umgaben 500 Polizisten die Fabrik. Vier MitarbeiterInnen und ein Gewerkschafter kletterten auf einen Kran und verweigerten herunterzukommen, solange es keine Garantie für den Erhalt aller Arbeitsplätze gibt. Die Medien berichteten über die Ereignisse, über 200 Menschen versammelten sich vor den Toren des Werks. Die Besetzung hatte Erfolg – die Produktion wird fortgeführt, es gibt zwar noch kein Datum für den Wiederaufbau des Betriebs, aber eine Jobgarantie – für 16 Jahre!

Was ist los in Honduras?

Pablo Hörtner nimmt Stellung zum Putsch im Juni 2009

28. Juni 2009: In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wird der Präsident von Honduras, Manuel Zelaya, vom Militär gestürzt. Angeblicher Grund: Ein geplantes Referendum und ein Verfassungskonflikt. Tatsächlich hatte Zelaya - Liberaler, Großgrundbesitzer, Unternehmer und Bunker - durch die enger gewordenen "ökonomischen Spielräume" zwei Möglichkeiten: Einen Aufstand riskieren oder dem Druck der Massen nachgeben und soziale Maßnahmen durchsetzen. Gewissen Teilen der herrschenden Eliten in Honduras - zu denen auch Zelayas "Liberale Partei" (PLH) zählt - gingen diese Reformen zu schnell. Zelayas Gegenspieler Roberto Micheletti ist ebenfalls Mitglied der PLH. Er wurde am Tag des Putsches im Parlament mit 124 von 128 Stimmen einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt und genießt die Unterstützung des Obersten Gerichtshofes. Diese Fraktion der herrschenden Klasse in Honduras fürchtet eine ähnliche Entwicklung wie bei Chávez in Venezuela oder Morales in Bolivien. Prompt wurde das Schreckgespenst des Kommunismus an die Wand gemalt. In Wirklichkeit aber ist Zelaya kein Linker und seine Annäherung an Chávez und seinen Wirtschaftsbund ALBA ist mehr taktischer Natur denn Ausdruck eines bewussten Linksrucks.

Der Widerstand

Die Rolle der CIA und des Auslands beim Putsch ist unklar. Fest steht, dass die deutsche FDP Micheletti und die Rechte finanziell unterstützt hat, während sie zuvor noch Zelayas Wahlkampf mitfinanziert hatte. Fest steht aber auch, dass Obama als erster Präsident der USA einen Putsch in Lateinamerika öffentlich verurteilt und sich auf Seiten des gewählten Präsidenten gestellt hat. Es handelt sich hier aber nicht um eine Kehrtwende in der Lateinamerika-Politik der USA, sondern um einen Kniefall vor den massiven Protesten für die sofortige Rückkehr Zelayas: Streik der LehrerInnen; Besetzung von zentralen Straßen und Plätzen in 50 Städten; Straßenblockaden; bewaffnete LandarbeiterInnen und KleinbäuerInnen stellen sich dem Militär entgegen ...

Auch der Ausschluss von Honduras aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sowie die diplomatischen Proteste, die Verurteilung des Militärputschs durch die Weltbank etc. sind nichts weiter als der Ausdruck der Angst vor weiteren Protesten und eines Übergreifens auf andere Länder. Der mutige Widerstand gegen den Putsch konzentriert sich nicht auf die Verteidigung eines bürgerlichen Politikers. Zelaya steht mittlerweile für mehr. Es geht gegen die Repression und für soziale und demokratische Rechte. "Militär und Polizei gehen immer wieder brutal



Quelle: Wikipedia | Zelaya mit US-Präsident Bush in New York am 18. September 2006

Wenn der Militärputsch einen positiven Effekt hatte, dann ist das die Einigung der zahlreichen Organisationen der fortschrittlichen Bewegung. Gewerkschaften, Campesinoorganisationen, Frauengruppen und linke Parteien stehen nun zusammen wie nie zuvor in Honduras.

gegen Protestierende vor und verhaften diese wahllos. Auf unbewaffnete Demonstranten eröffneten sie das Feuer und verletzen einige lebensgefährlich." berichtet Ted León, Aktivist des CWI in Costa Rica.

Israel Salinas, Generalsekretär des honduranischen Gewerkschaftsverbandes CUTH und führendes Mitglied der Nationalen Front gegen den Militärputsch beschreibt die Volksbewegung folgendermaßen: "Wenn der Militärputsch einen positiven Effekt hatte, dann ist das die Einigung der zahlreichen Organisationen der fortschrittlichen Bewegung. Gewerkschaften, Campesinoorganisationen, Frauengruppen und linke Parteien stehen nun zusammen wie nie zuvor in Honduras."

Bewegung ausweiten

Zelaya ist kein Präsident des Volkes. Während wir

ihn verteidigen, müssen wir auch auf die Grenzen seiner Politik aufmerksam machen. Natürlich kann es geschehen, dass Zelaya durch die Proteste wieder ins Amt kommt und sich weiter nach links bewegt. Dennoch müssen wir bereits heute die Chancen für die Linke in ganz Lateinamerika nutzen und versuchen, die Solidaritätsbewegung auf eine neue Stufe zu heben. Das CWI steht in Verbindung mit der Sozialistischen Partei Zentralamerikas (PSOCA). Gemeinsam kämpfen wir für eine sozialistische Föderation in der Region. Wichtig sind jetzt unabhängige Aktionen der ArbeiterInnenklasse - v.a. die Durchführung des angekündigten Generalstreiks und der Aufbau von demokratischen Widerstandskomitees. Es braucht die Einberufung einer revolutionären Volksversammlung für eine neue Verfassung. Das wären erste Schritte am Weg zur Überwindung des Kapitalismus in Mittelamerika.

“Monatlich verlieren 600.000 ihren Job...”

Millionen für MillionärInnen, Jobverlust für Millionen – ein US-amerikanischer Sozialist im Interview

Vor allem unter Jugendlichen wächst die Wut auf das System. In einer Umfrage gaben jüngst 20% an, dass sie ein sozialistisches System als Ausweg aus der Krise sehen.

In den USA hat die Krise bereits Millionen an Jobs gekostet. Doch während die Wallstreet-Banker munter weiter Boni kassieren, regt sich Widerstand von unten. Für

VORWÄRTS sprach Sebastian Kugler mit Brett Hoven, einem Sozialisten aus den USA.

VORWÄRTS: Wie hat sich die Weltwirtschaftskrise in den USA ausgewirkt?

BRETT HOVEN: Bisher hat die Krise in den USA mehr als 6½ Millionen Jobs gekostet. Das ist eine Zahl, die man sich schwer vorstellen kann. Um das ein bisschen besser zu illustrieren: Es wurden in dieser kurzen Zeit mehr Jobs vernichtet, als in dem gesamten Boom zuvor geschaffen wurden. Seit Jahresanfang verlieren monatlich 600.000 Menschen ihren Arbeitsplatz. Außerdem fehlt das ganze Geld, das in die Rettung der Banken gestopft wurde, nun

im Gesundheitsbereich, in der Bildung und in sämtlichen anderen sozialen Netzwerken.

VORWÄRTS: Was für einen Effekt hatten dann die von Obama geschnürten Rettungspakete?

BRETT HOVEN: Mit den so genannten "Stimulation Packages" wurden klassisch-keynesianische Methoden verfolgt. Mit anderen Worten: Es wurden Straßen gebaut, die niemand braucht, und bereits existierende wurden zum Beispiel mit Straßenschildern überschwemmt. Das mag kurzzeitig den Sturzflug der

Wirtschaft abbremsen, einen wirklichen Effekt auf den Lebensstandard der Menschen gibt es jedoch nicht. Die leiden weiterhin unter der steigenden Arbeitslosigkeit und dem Mangel an Jobs.

VORWÄRTS: Du arbeitest bei General Motors, einem Konzern der besonders hart von der Krise getroffen wurde. Wie sieht es zurzeit dort aus?

BRETT HOVEN: Alleine GM hat bereits 19 Fabriken dicht gemacht. Meine zum Glück noch nicht, sie soll aber wegen "Umstrukturierungsmaßnahmen" in zwei Jahren geschlos-

sen werden. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin bei GM bangt mittlerweile um seinen oder ihren Job.

VORWÄRTS: Bildet sich Widerstand bei den Gewerkschaften?

BRETT HOVEN: Auf die Gewerkschaftsbürokratie ist wieder einmal kein Verlass. Sie rechtfertigen diese katastrophalen Maßnahmen mit der Ausrede: "Wir müssen wettbewerbsfähig werden." Was "wettbewerbsfähig" heißt, muss ich ja wohl nicht weiter erläutern.

VORWÄRTS: Was gibt es dann für Möglichkeiten, gegen die Auswirkungen der Krise und ihre Verursacher zu kämpfen?

BRETT HOVEN: Es gibt bereits viele vorbildhafte Beispiele aus Europa, wie effektiv Widerstand geleistet werden kann. Wichtig war dabei immer, dass SozialistInnen in das

Geschehen eingegriffen haben und die Arbeitskämpfe unterstützt haben. Zum Beispiel die französischen ArbeiterInnen in der Goodyear Reifenfabrik, die einen erfolgreichen Kampf gegen eine von der Gewerkschaft akzeptierte Lohnkürzung führten. Als die englische Firma Visteon zusperren wollte, gingen alle vier Standorte (Belfast, Endfield in Nordlondon, Basleton und Swansea) in den Arbeitskampf und konnten wichtige Siege erringen. So kann die Antwort auf Sozialabbau und Jobverlust aussehen.

Socialist Alternative, die US-Amerikanische Sektion des CWI wird alles tun, um solche Kampfformen auch in den USA wieder zu etablieren. Vor allem unter Jugendlichen wächst die Wut auf das System. In einer Umfrage gaben jüngst 20% an, dass sie ein sozialistisches System als Ausweg aus der Krise sehen.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 183

September 2009

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerrgression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung, Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.



Nazi-Kandidatur in OÖ untersagt

KEIN Grund für Entwarnung!

von Michael Gehmacher und Lukas

Die Kandidatur der Nationalen Volkspartei (NVP) bei den Landtagswahlen in Oberösterreich wurde nun untersagt. Doch die Szene bleibt weiter gefährlich.

Wer ist die NVP?

Die Nationale Volkspartei (NVP) wurde 2007 gegründet. Die Partei beteiligte sich vor allem an Demonstrationen der deutschen NPD und gibt sich nichtsdestotrotz "österreichpatriotisch". Das zweite Kapitel des NVP-Parteiprogramms ist fast wortgleich aus einem Schulungstext der SS übernommen. Ihr Parteisymbol (das Zahnrad) ist von der NS-Organisation "Deutsche Arbeitsfront" abgekupfert.

NVP vor dem Aus?

Die Wahlbehörde untersagte, nicht zuletzt als Folge der SLP-Kampagne, das Antreten der NVP bei den oberösterreichischen Landtagswahlen. Zur Zeit prüft das Innenministerium ein Verbot. Dass ist gut, aber dennoch ist die SLP weiter gegen die NVP aktiv. Warum? Anfangs wurde die NVP belächelt. Vor allem, weil ihr Gründer (auch in Nazikreisen) als extrem "unfähig" gilt. Aber: Die NVP konnte über 300 Unterstützungsdeclarations für die Landtagswahlen sammeln. Mit der Wirtschaftskrise wachsen auch die Potentiale für derartige Strömungen, für die letztlich vor allem die Hetze der FPÖ den Boden aufbereitet. Die Spaltung von ArbeiterInnen und Jugendlichen in "Aus- und InländerInnen" ist in den letzten Jahren ein Dauerthema geworden. Kein Tag ohne "Berichte" über "Ausländerkriminalität", "Asylmissbrauch", und ähnliche rassistische Propaganda. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit im Steigen. In vielen Regionen herrscht Perspektivlosigkeit, gute Aus-

bildung und ein sinnvoller Arbeitsplatz sind nicht in Sicht. Kämpferische Gewerkschaften, die gemeinsam mit Jugendlichen und Belegschaften um Ausbildungs- und Arbeitsplätze kämpfen gibt es so gut wie nicht. Kombiniert mit Alltagsrassismus und dem militärischen Auftreten können sich Gruppen wie die NVP als Systemalternative präsentieren.

Was tun?

Rechtsextremismus und Faschismus können nur durch eine möglichst große Mobilisierung von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und MigrantInnen zerschlagen werden.

Die Erfahrung aus der Geschichte zeigt: durch entschlossenes Handeln gegenüber den ersten faschistischen Banden hätten diese vielleicht Anfang der 1920er Jahre zerschlagen werden können. Das Hoffen auf das Handeln der Behörden hat diese Szene stark und mutig gemacht.

Die lasche Haltung der Gewerkschaften gibt NVP & Co die Möglichkeit, sich als "Arbeiterpartei" zu profilieren. Wir brauchen kämpferische Gewerkschaften. Moralische Appelle reichen nicht aus. Eine linke Alternative zu den herrschenden Parteien und zum Rechtsextremismus ist notwendig! Die SLP tritt deshalb für eine echte, nämlich sozialistische und internationale, Systemalternative ein.

Das schlaue
Büchlein für
AntifaschistInnen
kannst du auf
www.slp.at
bestellen!



Verfassungsschutzbericht 09: Staat auf dem rechten Auge blind

von Katharina Bergmaier, SLP Oberösterreich

Im Juli erschien der Verfassungsschutzbericht 09. Trotz der Zunahme der rechtsextremen Gefahr und dem immer offeneren Agieren rechtsextremer Gruppierungen spielt der Verfassungsschutzbericht die Aktivität, Gewalttätigkeit und Gefährlichkeit der rechtsextremen Szene völlig herunter, von Rechtsextremismus gehe keine akute Bedrohung aus und die rechte Szene sei klein und politisch isoliert, so O-Ton des diesjährigen VS-Berichtes.

Tendenziös bis zur Lächerlichkeit

Gleichzeitig werden im VS-Bericht die linksextreme und Tierrechtsszene kriminalisiert und mit Rechtsextremismus gleichgesetzt. Diese Gleichsetzung ist nicht nur inhaltlich absurd und in dieser Hinsicht nicht mehr als ein von konservativen Theorien geprägtes "Statement". Selbst nach der eigenen Datengrundlage des BMI zeigt die Statistik der verübten strafbaren Handlungen auf, dass Rechtsextreme um ein Vielfaches (!) mehr strafbare Handlung als alle anderen erwähnten Gruppen setzen! Und während auf der linken und der Tierrechtsseite "politische Kriminalität" vor allem Sachbeschädigungen (Klebeaktionen etc...) beinhaltet, handelt es sich bei den Taten Rechtsextremisten auch zu einem nicht geringen Teil um Gewaltverbrechen. Dazu kommt noch, dass viele politisch rechts motivierte Gewaltaktionen durch die zuständigen PolizistInnen gar nicht als rechtsextrem bzw. rassistisch motiviert gezählt werden und somit nicht in die Gewaltstatistik der Rechtsextremen eingehen. Alles in allem wiederholt sich im VS-Bericht also die von Staat und Behörden wohlbekannte systematische Verharmlosung der rechtsextremen Szene. Die erklärten Feinde stehen auf der linken Seite, linke politische Bewegungen werden kriminalisiert, während die Rechtsextreme offen agieren kann und auch permanent verharmlost wird, was auch die jüngsten politischen Ereignisse zeigen. Und: Die FPÖ - eine Partei mit nachgewiesenen Querverbindungen zum militärischen (auch internationalen) Rechtsextremismus kommt im Bericht des BMI erst gar nicht vor ...

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812,733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at